



► Nr. VO/2014/02041
öffentlich

Lübeck, 15.10.2014

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Heike Schulze (E-Mail: heike.schulze@luebeck.de Telefon: 122 - 1509)

Umsetzungsstände der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen 2012 - 2015 sowie der nicht abgearbeiteten Haushaltsbegleitbeschlüsse 2011

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.10.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
11.11.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
27.11.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Jährliche Berichterstattung im Rahmen der Haushaltsberatungen

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: Fachbereiche 1-5, Kernteam
Ergebnis: Konsolidierungskonzept
siehe Anlage 1, Spalte 11

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja
 Nein

Begründung:

Nicht unmittelbar betroffen durch Sachstandsbericht

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein, durch den Bericht unmittelbar keine
 Ja (Anlage 1)

Bericht:

Ausgangslage:

Zur Konsolidierung kommunaler Haushalte erhält Lübeck im Zeitraum von 2012 bis 2018 auf der Grundlage des § 16 a FAG Konsolidierungshilfen. Voraussetzung ist ein zu erbringender städtischer Eigenanteil in Höhe von derzeit 28,67 Mio.€ vorbehaltlich der festgestellten Jahresabschlüsse 2010 und 2011 für den gesamten Konsolidierungszeitraum. Der städtische

Konsolidierungsanteil ist durch strukturelle Maßnahmen zu identifizieren, schlüssig abzurechnen und nachvollziehbar zu belegen.

Weitere Informationen:

http://www.luebeck.de/stadt_politik/rathaus/finanzen/konsolidierungsfond/index.html

Die Hansestadt Lübeck hat bis 2015 auf dieser Basis ein erstes Konsolidierungspaket über 17,2 Mio.€ (= 60% des o. g. Richtwertes) vorzulegen.

Bisherige Beschlusslage:

- Bürgerschaftsbeschluss vom 29. November 2012 über Konsolidierungsmaßnahmen für das erste Paket in Höhe von **12,36 Mio.€**.
- Unterzeichnung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zum Konsolidierungskonzept Hansestadt Lübeck 2012-2015 mit einem Volumen über **13,87 Mio.€** am 18. Januar 2013.
- Bürgerschaftsbeschluss vom März 2013 über zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von **0,55 Mio.€** und Zustimmung zu o. g. Vertrag.
- Bürgerschaftsbeschluss vom 28. November 2013 über weitere Konsolidierungsmaßnahmen für das erste Paket in Höhe von **0,98 Mio.€**.
- sowie vom 27.03.2014 und 26.06.2014 mit weiteren Maßnahmen von gesamt **1,3 Mio.€**.

Damit sind bisher Konsolidierungsmaßnahmen in einer Größenordnung von insgesamt 16,7 Mio.€ von der Bürgerschaft beschlossen worden.

Weiteres Vorgehen:

Mit der oben geschilderten Beschlusslage wurden rd. 58 % des Richtwertes für das erste Paket identifiziert. Die Hansestadt Lübeck hat sich vertraglich verpflichtet (§ 3, (2) des Vertrages), den vorgegebenen Richtwert von 60 % für die erste Phase zu erreichen.

Der Bürgerschaft werden parallel zu dem hier vorgelegten Bericht mit der Haushaltsvorlage 2015 weitere Konsolidierungsmaßnahmen zur Entscheidung vorgeschlagen (dort Beschlussvorschlag Nr. 5 und Anlage 6), um das vertraglich vorgegeben Ziel zu realisieren. Diese sind, je nach Kassenwirksamkeit, in der Umsetzung dem ersten oder zweiten Paket zuzuordnen.

Eine realistische Aussage über den tatsächlich realisierten Stand (= erreichten Eigenanteil) lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht liefern. Eine fundierte Prognose wird erst möglich sein, wenn weitere Abrechnungsergebnisse durch das RPA bestätigt wurden. Bisher konnten 23 Maßnahmen mit einem Konsolidierungsvolumen von rd. 2,8 Mio.€ abgerechnet werden; für viele Maßnahmen kann eine Abrechnung erst nach Vorliegen der Ergebnisse 2015 erfolgen.

Endgültige, belastbare Zahlen werden nach Anerkennung der vom RPA geprüften, maßnahmengenaue Abrechnung durch die Kommunalaufsicht vorliegen.

Die Umsetzung aller Maßnahmen liegt in der Verantwortung der Fachbereiche und wird von diesen voran getrieben. Es finden regelmäßige Konsolidierungsgespräche der Fachbereiche mit der Verwaltungsleitung statt, die der Abstimmung der Bearbeitungsstände und der vorzunehmenden Umsetzungsschritte dienen.

Jeweils zum 01.06. eines jeden Jahres hat die Verwaltung gegenüber der Kommunalaufsicht einen Sachstandsbericht zu erstellen, in dem der aktuelle Umsetzungsstand kommuniziert wird. Dieser Bericht lag der Bürgerschaft im September 2014 zur Kenntnis vor.

Mit dem jetzt vorliegenden Bericht erhält die Bürgerschaft Kenntnis über die fortgeschriebenen Sachstände zum September 2014. In Anlage 1 wird der Umsetzungsstand der bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dargestellt.

Abweichungen von den zahlenmäßigen Anforderungen an das erste Paket – Übererfüllung resp. Unterschreiten des 60 % Eigenanteils – müssen im zweiten Konsolidierungspaket 2016 – 2018 berücksichtigt werden. Am Ende des gesamten Konsolidierungszeitraumes – nach Abschluss der zweiten Phase in 2018 – wird der vollständige Eigenanteil von derzeit insgesamt 28,67 Mio.€ nachzuweisen sein.

Anlagen :

Anlage 1: Umsetzungsstand der Konsolidierungsmaßnahmen zum September 2014

Bürgermeister Bernd Saxe

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.1	--	100 Büro der Bürgerschaft	Die Zuschüsse an die Fraktionen werden in der Gesamtsumme der Zuwendungen an die Fraktion des Jahres 2012 für die kommenden 2 Jahre (2013 bis einschließlich 2014) "eingefroren". Es finden innerhalb dieses Zeitraums keinerlei finanzielle Erhöhungen/ Anpassungen der Zuwendungen statt.		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist umgesetzt; kein Konsolidierungspotential.
1.2	25	102 Logistik, Statistik und Wahlen	Abschaffung Direktwahl Seniorenbeirat		12,0	12,0	12,0	12,0		Maßnahme ist umgesetzt. Abrechnung steht noch aus. Bürgerbegehren läuft
1.3	26	102 Logistik, Statistik und Wahlen	Externe Vergabe der Botendienste - Prüfung der Wirtschaftlichkeit		0,0	20,0	40,0	65,0		Abrechnung läuft. Es wurde zunächst nur eine Planstelle abgerechnet. Die Vermittlung eines 2. MA befindet sich in der Umsetzung. Die Abrechnung erfolgt bei erfolgreichem Abschluss.
1.4	P	102 Logistik, Statistik und Wahlen	Druckerei: Aufgabe der Zentraldruckerei, Dezentralisierung der Druckstandorte		0,0	0,0	0,0	0,0		Die Verträge der Maschinen sind bis 08/2015 verlängert worden. Auf Basis einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird d.Verwaltungs-leitung bis 01/2015 eine Empfehlung bzgl. des Fortbestandes / der künftigen Ausrichtung der ZVSt vorgelegt werden.
1.5	P	105 Informations- technik	Zentrale Druckstandorte in den Bereichen - Wegfall von Arbeitsplatzdruckern		0,0	0,0	0,0	0,0		Ein Konzeptentwurf liegt vor. Dieser befindet sich aktuell in der Abstimmung.
1.6	73	110 Personal- und Organisations- service	Zusammenlegung von Kleingartenausschuss mit dem Umweltausschuss		0,0	0,7	0,7	0,7		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.7	74	110 Personal- und Organisations- service	Zusammenlegung von (erweitertem - s. lfd. Nr. 1.6) Umweltausschuss und Ausschuss für Sicherheit und Ordnung ab der Wahlperiode 2013		0,0	1,2	2,1	2,1		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.8	75	110 Personal- und Organisations- service	Zusammenlegung von KBT - Ausschuss mit Wirtschaftsausschuss		0,0	3,4	3,4	3,4		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.9 / 1.25	76	110 Personal- und Organisations- service	(lfd. Nr. 1.9) Zusammenlegung Rechnungsprüfungsausschuss und Finanzausschuss (lfd. Nr. 1.25) Beschluss der Bürgerschaft 29.11.2012: Auflösung Finanz- und Personalausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird in seiner ursprünglichen Form wieder hergestellt. Umformulierung: Auflösung des Finanz- und Personalausschusses		0,8	1,2	1,2	1,2		Mit Beschluss der Bürgerschaft vom 21.03.2013 (Änderung der Hauptsatzung) wurde der FiPA aufgelöst, der RP-Ausschuss in seiner ursprünglichen Form wieder hergestellt. Damit waren zentrale Einsparungen von Sachkosten durch Zusammenlegung nur in 2012/2013 möglich. Abrechnung "Auflösung Finanz- und Personalausschuss" läuft.
1.10	77	110 Personal- und Organisations- service	Absenkung Aufwand für Verdienstaussfallentschädigung Ehrenamt		5,0	5,0	5,0	5,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.11	--	110 Personal- und Organisations- service	Der Bürgermeister wird beauftragt zu berichten, welche Auswirkungen die Aussetzung der Dienstposten- bewertung durch Aufhebung Bürgerschaftsbeschluss vom 26.02.2009 zur Folge hätte (Anzahl der betroffenen Beschäftigten, finanzielle Auswirkungen, Auswirkungen auf die Verwaltung insgesamt). BS-Beschluss 29.11.2012: <i>"Die in der Anlage 5b angegebenen Stellenplanveränderungen werden ergänzt, um die in der 2. Stufe der Dienstpostenbewertung festgestellten Bewertungen der Planstellen der Bereichsleitungen und Controller. Dabei werden die Planstellen der Bereichsleitungen im Beschäftigtenverhältnis mit einbezogen. Die Veränderungen werden im Stellenplan 2013 mit aufgenommen. Die Liste der Stellenplanveränderungen wird entsprechend erweitert. Eine Umsetzung erfolgt in 2013."</i>					0,0	x	keine Konsolidierungsauswirkungen
1.12	27	140 Rechnungs- prüfungsamt	Einsparung von zwei Stellen; Mitarbeiter befinden sich derzeit in ATZ, Standard im RPA daher bereits heruntergefahren Beendigung ATZ Nov. 2012 und Nov. 2015		74,3	138,1	138,1	138,1		Prüfbestätigung RPA liegt für zunächst eine Planstelle vor. Die vorgesehene zweite Planstelle wird im 2. Konsolidierungspaket in 2016 abgerechnet.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.13	2	130 Presse- und Öffentlichkeitsar- beit	Verbesserung Internet-Vermarktung "www.luebeck.de"		0,0	0,0	0,0	20,0		Gespräche mit der Fa. Lynet laufen.
1.14	--	130 Presse- und Öffentlichkeitsar- beit	Kündigung Vertrag Stadtzeitung		0,0	0,0	0,0	0,0		Maßnahme wurde durch die Politik gestoppt. Kündigung des Vertrages der Stadtzeitung wird rechtzeitig vorbereitet. Maßnahme wird im 2. Konsolidierungskonzept aufgenommen.
1.15	P	Projekt Doppik	Standortbezogene Zentralisierung des Rechnungswesens		0,0	0,0	0,0	0,0	x	<p>Auszug Stellungnahme ZC: Von der Fa. Steria Mummert Consulting liegt ein Gutachten zu Stellenbemessungen und -bewertungseinschätzungen im ReWe (Rechnungswesen) vor. Den Fb'en sind Möglichkeiten aufgezeigt worden, durch organisatorische Veränderungen fachbereichsweise zu Prozessoptimierungen zu kommen. Diese Optimierungsvorschläge bezogen sich auf die dezentrale Belegerfassung sowie die Vorkontierung von Rechnungsbelegen. Zu Grunde gelegt wurde die im Projektverlauf erhobene Menge der Belege je Bereich unter Betrachtung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung, woraufhin projektseitig Szenarien je Fachbereich entwickelt wurden, um durch Bündelungen insbes. in der Erfassung von Rechnungsbelegen die entsprechenden Prozessabläufe zu bündeln und damit zu optimieren.</p> <p>...Abkehrend von einer generellen Vorgabe mit Blick auf Haushaltskonsolidierung könnte der o.a. Praxis folgend überlegt werden, den Fokus eher auf anstehende konkrete Organisationsprojekte zu legen, wie aktuell etwa im Bereich Wirtschaft und Liegenschaften, und dabei die Möglichkeiten der Prozessoptimierungen im Rechnungswesen mit einfließen zu lassen.</p>
1.16	28	203 Beteiligungs- controlling	Reduzierung Zuschussbedarf und Vereinnahmung Liquidationserlös GG Kurhausbetriebe Travemünde mbH im städt. Haushalt		277,0	385,0	385,0	385,0		385 T€ ist bei Zugrundelegen der Richtlinien nicht möglich. Anrechenbar sind lediglich 4% vom Veräußerungserlös. Abrechnung voraussichtlich in 2015 möglich.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
					T€	T€	T€	T€	T€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.17	P	203 Beteiligungs- controlling	Shared Services insbes. für kleinere Gesellschaften (z.B. Buchhaltung, IT...)		0,0	0,0	0,0	0,0		Über die Wirkung und die Möglichkeiten von Shared Services in einigen städtischen Gesellschaften wurde der Bürgerschaft im Nov.13 berichtet (VO/2013/00987). Weitere Möglichkeiten der Einrichtung von Shared Services werden im Rahmen eines Berichtes zu den Möglichkeiten der Neuorganisation der städtischen Beteiligungssteuerung untersucht und dargestellt.
1.18	--		Leerzeile		0,0	0,0	0,0	0,0	x	
1.19	1	220 Steuern	Einführung Übernachtungssteuer Haushaltsbegleitbeschluss 2012		1.000,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.20	P	201 Haushalt und Steuerung 201.3 Zentrales Controlling	ILA-Kürzung - Welche strukturellen Maßnahmen sind mit der Kürzung verbunden?		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Die Maßnahme wird abgeschlossen. Die 1% ILA-Kürzung ist im Rahmen der jeweiligen Planungsverfahren zu den Haushalten 2011, 2012 und 2013 berücksichtigt worden, zur Umsetzung in den Fachbereichen sind dem FiPA regelmäßig Monitoring-Berichte entgegengebracht worden.
1.21	--	100 Büro der Bürgerschaft	Einsparung Geschäftsstelle Seniorenbeirat		0,0	0,0	0,0	0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
1.22	29	102 Logistik, Statistik und Wahlen	Senkung der Portokosten nach Ausschreibung		30,0	200,0	200,0	200,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.23	30	105 Informations- technik	Senkung der Fernmeldegebühren nach Ausschreibung		80,0	80,0	170,0	170,0		Maßnahme ist umgesetzt. Abrechnung steht noch aus. Durch weitere Optimierung und Ausschreibung können die Gebühren in der Planung 2014 ff. zusätzlich um 90 T€ gesenkt werden.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
					T€	T€	T€	T€	T€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1.24	P	130 Presse- und Öffentlich- keitsarbeit	BS-Beschluss: Erhöhung/ Staffelung der Verwaltungsgebühren nach Nutzungszweck/ Einführung von Lizenzgebühren bei Nutzungsgenehmigung des Stadtwappens für kommerzielle Zwecke Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	0,0		Nutzung des Stadtwappens Die Richtlinien zur Verwendung des Namens und des Wappens der HL aus dem Jahr 1979 wurden bezüglich der heutigen Anforderungen überprüft. Es wird bereits ein Entgelt für die Nutzung des Wappens der HL erhoben. Die zu erzielenden Einnahmen sind jedoch marginal (im Durchschnitt < 150 EUR p.a.). In Anbetracht dessen wurde entschieden, ein modifiziertes Stadtwappen zu entwickeln und dieses den Nutzern unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, den Bekanntheitsgrad der HL zu steigern. Andere Kommunen (u.a. Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel) verfahren ebenso.
auch 1.24	--									Verwaltungsgebühren: "Die Verwaltung ist aufgefordert die Gebühren- und Entgelttarife regelmäßig, d. h. mindestens jährlich auf ihren Kostendeckungsgrad hin zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Prüfungen ist jeweils im Rahmen der Haushaltsanmeldungen darzulegen. Beschlussvorschläge für entsprechende notwendige Gebühren- und Entgeltanpassungen sind einzubringen." (BÜ-Beschluss v. 26.02.2004). Durch den Bereich 1.102 werden jährlich Änderungen zur Verwaltungsgebührensatzung abgefragt und entsprechend in eine neue Fassung eingearbeitet. 1.102 ist lediglich redaktionell verantwortlich.
1.25/ 1.9	76	110 Personal- und Organisationsser- vice	(lfd. Nr. 1.25) Beschluss der Bürgerschaft 29.11.2012: Auflösung Finanz- und Personalausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird in seiner ursprünglichen Form wieder hergestellt. (lfd. Nr. 1.9) Zusammenlegung Rechnungsprüfungsausschuss und Finanzausschuss		0,0	0,0	0,0	0,0	x	siehe 1.9

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.26	P	110 Personal- und Organisations- service	Verkauf des Gebäudes des Fortbildungszentrums der 'HL Der Bürgermeister wird beauftragt der Bürgerschaft bis Mai 2011 ein Konzept vorzulegen, wie die Fortbildungsmaßnahmen in vorhandenen Seminarräumen der HL oder vergleichbaren Einrichtungen (MuK, MediaDocks, VHS usw.) möglichst kostengünstig durchgeführt werden können. Verbunden wird dieser Auftrag mit dem Ziel, das Gebäude des Fortbildungszentrum (Dr.-Julius-Leber-Str. 67) zu verkaufen und den Verkaufserlös zur Tilgung von Verbindlichkeiten der Hansestadt Lübeck zu nutzen.		0,0	0,0	0,0	0,0		Klärungen laufen. Primäre Zuständigkeit liegt im Bereich 5.651 - GMHL. Auftrag an GMHL wurde bereits erteilt. Aufnahme des Prüfauftrages in die Konsolidierungsliste des FB 5 als Prüfauftrag. siehe lfd. Nr. 5.69
1.27	P	201.3 Zentrales Controlling	Einrichtung eines Investitions- und Baukostencontrollings Haushaltsbegleitbeschluss 2012					0,0	x	Die Einrichtung wird aufgrund der nach wie vor dramatischen Defizitlage und der eingeschränkten Investitionstätigkeit zunächst weiterhin zurückgestellt. Der zusätzliche Personaleinsatz für das Kondi Konzept muss nach Abwägung in der derzeitigen Haushaltssituation bei knappen Ressourcen Priorität haben.
1.28	31	100 Büro der Bürgerschaft 101 Bürgermeister- kanzlei	Reduzierung Repräsentationsaufwand Stadtpräsidentin und Bürgermeister		19,0	19,0	19,0	19,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.29	32	130 Presse- und Öffentlichkeits- arbeit	Auflösung des Bereichs und Einrichtung als Stabsstelle direkt bei der Verwaltungsleitung, dadurch Einsparung der Bereichsleiterstelle EG 15Ü (Stellennr. 0240.2.0005)		92,0	92,0	92,0	92,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
1.30	33	100 Büro der Bürgerschaft	Einsparung einer Planstelle BBO A13 H (Stellennr. 0001.1.0010) nach Neuorganisation; dafür Höherbewertung einer Planstelle von EG 10 nach EG 12; Berücksichtigung des Netto-Einsparvolumens	23,3	94,9	91,3	93,5	93,5		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.31	3	101 Bürgermeister- kanzlei 102 Logistik, Statistik und Wahlen	Entgelterhöhung für Raumvermietung Rathaus		10,0	10,0	0,0	0,0	x	Aufnahme der Konsolidierungsmaßnahme in das zweite Kondi-Paket. Aufgrund der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Rathaus im 1. Paket keine dauerhaften Mehrerträge.
1.32	85	102 Logistik, Statistik und Wahlen	Optimierung im Bereich durch Umverteilung der Aufgaben auf andere Mitarbeiter der Abteilung Statistik und Wahlen, Reduzierung der Erstellung freiwilliger Statistiken Einsparung einer Planstelle (Stellen-Nr. 0512.2.0040) nach Renteneintritt zum 01.03.2011. EG 6 TVöD, WAZ 39 Std.	57,4	69,9	72,1	74,7	74,7		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
1.33	86	102 Logistik, Statistik und Wahlen	Optimierung im Bereich durch Umverteilung der Aufgaben auf andere Mitarbeiter der Abteilung Logistik Einsparung einer Planstelle (Stellen-Nr. 0201.2.0185) nach Beendigung ATZ zum 01.02.2011. EG 5 TVöD, WAZ 19,5 Std.	36,5	40,5	42,9	44,4	44,4		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
1.34	P	105 Informations- technik	Einsparungen aus Veränderungen in der Mobiltelefonie		0,0	0,0	0,0	0,0		Neue Tarife treten im November 2014 in Kraft. Nach zwei Jahren ist von einer Ersparnis von 30 T€ pro Jahr auszugehen (Verträge haben eine Laufzeit von 24 Monaten und werden sukzessive - nach Ablauf des Altvertrages - durch die neuen Tarife ersetzt). Die Aufwendungen für Mobiltelefonie liegen aktuell bei ca. 240 T€. Die durch die Vertragsanpassung generierte Aufwandsreduzierung wird in den Bereichen wirksam, die Mobiltelefonie nutzen.
1.35	109	220 Steuern	Einsparung von Gebühren aus nicht mehr benötigten Zugriffs-Lizenzen für Softwareprogramme		0,0	0,0	2,5	2,5		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.36	--	220 Steuern	Erhöhung der Vergnügungssteuer zum nächst-möglichen Zeitpunkt von 12% auf 18% Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Der Bürgermeister wird beauftragt, zum nächst möglichen Zeitpunkt der Bürgerschaft eine Satzungsvorlage zur Erhöhung der Vergnügungssteuer auf Spielautomaten vorzulegen. Die jüngsten Entscheidungen des EuGH sind zu berücksichtigen.		0,0	0,0	0,0	200,0		BÜ vom 28.11.2013: Der Bürgermeister wird beauftragt, zum nächst möglichen Zeitpunkt der Bürgerschaft eine Satzungsvorlage zur Erhöhung der Vergnügungs-steuer auf Spielautomaten vorzulegen. Die jüngsten Entscheidungen des EuGH sind zu berücksichtigen. BÜ -Beschluss vom 27.02.2014, VO/2014/01298 Die Bürgerschaft hat mit Mehrheit über den Beschlussvorschlag in ergänzter Fassung entschieden, mit der Maßgabe, dass das Inkrafttreten der Satzung bis zur Entscheidung über die in dieser Angelegenheit in Flensburg und Kaltenkirchen anhängigen Gerichtsverfahren ausgesetzt wird. Laut Auskunft des Bereiches 1.300 - Recht ist mit einem Abschluss nicht vor Mitte 2015 zu rechnen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Mehreinnahmen 2014 in Höhe von 400 T€ im Zusammenhang mit dem vorgenannten BÜ-Beschluss nicht erzielt werden können. Mit Mehreinnahmen in Höhe von 800 T€ in 2015 können ebenso nicht in voller Höhe erzielt werden. Wegen der nachträglichen Festsetzung jeweils nach Ablauf eines Quartals, wird im Haushaltsjahr 2015 lediglich nur ein Quartal mit den erhöhten Einnahmen (200 T€) wirksam.
1.37	--	220 Steuern	Erhöhung der Gewerbesteuer zum 01.01.2016 von 430 auf 450 Basispunkten Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft eine Satzungsvorlage zur Erhöhung der Gewerbesteuer auf zukünftig 450 Basispunkten vorzulegen. Die Erhöhung der Gewerbesteuer soll zum 01.01.2016 in Kraft treten.		0,0	0,0	0,0	0,0		Die Satzung wird der Bürgerschaft zur November - Sitzung 2014 vorgelegt.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
1.38	P	110 POS	KoPers / Kostenreduzierung durch Kooperation mit Umlandgemeinden Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Der Bürgermeister wird beauftragt, durch Kooperationen mit Umlandgemeinden / anderen Gebietskörperschaften / öffentlichen Verwaltungen eine Kostenreduzierung bei der Umsetzung von KoPers zu erreichen.		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist aus Sicht des FBC 1 nicht weiter zu verfolgen. Eine Überprüfung der Maßnahme ist erfolgt. Das Ergebnis wurde dem Hauptausschuss in Form eines Berichtes am 25.03.14 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Fazit: Möglichkeiten zur Kostenreduzierung bei der Umsetzung von KoPers durch Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften/öffentlichen Gemeinden bestehen über die bereits erzielten Vorteile durch die Abnahme der Dienstleistung über den IT-Verbund Schleswig-Holstein hinaus nicht.
1.39	--	101 Bürger- meisterkanzlei	weitere Reduzierung des Repräsentationsaufwand beim Bürgermeister Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Das Produkt/Konto 111004.5291003 (Bürgermeisterkanzlei, Repräsentationsmittel) wird im Jahr 2014 um 7,3 T€ und im Jahr 2015 um 6,9 T€ reduziert.		0,0	0,0	0,0	0,0	x	keine weiteren Konsolidierungserfolge möglich

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11						
					T€	T€	T€	T€	T€							
1.40	81	220 Steuern	Verstärkte Außenkontrollen zur Hundebestandsermittlung		40,0	40,0	40,0	40,0		<p>Stellungnahme FB 1: Die zu erwartenden Mehreinnahmen wurden bereits bei der Haushaltsplanung berücksichtigt. Die Abrechnung für das Jahr 2014 kann erst nach Vorliegen der Ist-Einnahmen in 2015 erfolgen. Hinsichtlich der Vorjahre können folgende Ist-Einnahmen verzeichnet werden:</p> <table style="margin-left: 40px;"> <tr> <td>Plan</td> <td>IST</td> </tr> <tr> <td>2012: 760 T€</td> <td>855 T€</td> </tr> <tr> <td>2013: 800 T€</td> <td>870 T€</td> </tr> </table> <p>Aufwand möglicherweise gegenrechnen? Zusätzliche Aufwendungen sind nicht entstanden, da die Maßnahme mit dem bereits vorhandenen Personal umgesetzt wurde.</p> <p>Nebenbeschäftigung für Pensionäre? Diese Möglichkeit wurde durch 1.220 geprüft, jedoch aufgrund der rechtlichen Schwierigkeiten (keine hoheitlichen Rechte wie Auskunftsrecht etc.) für nicht praktikabel erachtet. Des Weiteren ist dies nur sinnvoll bei Zahlung einer Erfolgsprämie in entsprechenden Höhe, die dann wiederum den Ertrag mindern würde.</p>	Plan	IST	2012: 760 T€	855 T€	2013: 800 T€	870 T€
Plan	IST															
2012: 760 T€	855 T€															
2013: 800 T€	870 T€															
1.41	102	div.	Reduzierung der LN-Abonnements in allen Fachbereichen (FB) von derzeit - 41 auf 9 Druckträger - 11 auf 5 E-Paper		0,0	0,0	0,0	3,6		zentral geführte Gespräche mit den Lübecker Nachrichten haben stattgefunden. Umstellung auf E-Paper befindet sich in Vorbereitung.						
1.42	107	101 Bürger-meister-kanzlei 010 FB - Control-ling	Einsparung einer Planstelle durch Aufgabenoptimierung Stellenplannummer: 0004.2.0045 (VZÄ 0,09), 0003.2.0050 (VZÄ 0,41) WAZ 19,5, EG 5 TVöD	0,0	0,0	0,0	30,6	31,7		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.						
1.43	108	101 Bürger-meister-kanzlei	Reduzierung einer Planstelle (durch Aufgabenoptimierung im Bereich) nach Eintritt in den Ruhestand ab 01.01.2013 Stellen-Nr. 0004.2.0040 WAZ 19,5 Std., EG 5 TVöD	0,0	0,0	42,9	44,4	44,4		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.						

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.1	6	020 FB-Controlling und 1.203 Beteiligungs- controlling	Ausübung Put-Option LHG: Entsprechend der Vereinbarung vom 26.07.2007 wird der Bürgermeister beauftragt, die dort vorgesehene Steuerungsgruppe einzuberufen. Der Bürgerschaft ist in ihrer Mai-Sitzung 2012 über das Ergebnis der Beratungen dieser Gruppe zur Frage der Put-Option zu berichten. Haushaltsbegleitbeschluss 2012		612,0	612,0	612,0	612,0		Abrechnung erst möglich, wenn Arbeitnehmersicherung geklärt. Der Erlösanteil, der für die AN-Sicherung zu verwenden ist, kann nicht mit 4% angerechnet werden und ist zu kompensieren
2.2	34	020 FB-Controlling	LTM Herstellung der Beschlusslage zur Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5 % Geschäftsjahre 2013 und 2014 Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	141,6		div. Maßnahmen sind umgesetzt. Das Ergebnis ist zu evaluieren. Die Abrechnung steht noch aus.
2.3	35	020 FB-Controlling	Wirtschaftsförderung Herstellung der Beschlusslage zur Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5 % Geschäftsjahre 2013 und 2014 Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0			Abstimmung mit RPA zur Abrechnung läuft.
2.4	36	020 FB-Controlling	Sanierung SeniorInneneinrichtungen mit dem Ziel ausgeglichenes Ergebnis Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	355,0		Maßnahme ist umgesetzt; die Abrechnung steht noch aus.
2.5	37	020 FB-Controlling	Flughafen Lübeck GmbH Konsolidierung/ Verkauf/ Abwicklung Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	2.400,0		Maßnahme ist umgesetzt; Abstimmung mit RPA zur Abrechnung läuft.
2.6	7	020 FB-Controlling	Verwendung Verkaufserlös MARITIM-Erbbaurecht zur Absenkung des Zuschussbedarfs beim Kurbetrieb Travemünde bis 2015 Haushaltsbegleitbeschluss 2012	242,0	242,0	242,0	242,0	242,0		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
2.7	P	280 Wirtschaft u. Liegen- schaften	Veräußerung Grünstrand					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 21.03.2013

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.8	103	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Optimierung Aufbau/Ablauf Wirtschaft und Liegenschaften		0,0	0,0	0,0	500,0		an der Umsetzung wird gearbeitet
2.9	4	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Pachterhöhung für Grundstücke in attraktiver Lage Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	10,0		- Vertragsabschluss für Fährhaus Rothenhusen in 2013 erzielt Mehrertrag v. 3 T€ p.a. - Ablauf des Pachtvertrages und Ausschreibung d. Objektes ist im September 2014 erfolgt, - Neuvergabe in 2015 vorgesehen - Weitere Objekte werden geprüft, um Konsolidierungspotential zu erreichen. Das Ergebnis 2015 bleibt abzuwarten.
2.10	38	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Erwirtschaftung ausgeglichenes Ergebnis im Produkt Märkte Haushaltsbegleitbeschluss 2012	51,9	57,4	59,4	61,6	61,6		RPA - Prüfungsbestätigung für Sach- und Personaleinsparung liegt vor. Gebührenneukalkulation steht noch aus. Ein Konzeptvorschlag wird zur Zeit erarbeitet, Abstimmungsge- spräche mit dem Verband der Marktbesicker laufen. siehe auch 2.39 -
2.11	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Fortsetzung Verkaufsaktion Erbbaurechte bei auslaufenden Verträgen		0,0	0,0	0,0	0,0		Überprüfung erforderlich, da die Bewertungsgrundlage für bisherige Ermäßigungen 5 Jahre alt und damit deren Gültigkeit fraglich ist. Der Gutachterausschuss wird Ende Oktober ein neues Gutachten vorlegen.
2.12	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Start Verkaufsprozess Gründerviertel		0,0	0,0	0,0	0,0		Federführung für das Projekt hat FB 5. Trave führt Vermarktung in Geschäftsbesorgung durch. Erste Verkaufserlöse möglicherweise in 2015. Nicht rechtzeitig umsetzbare Verkäufe werden im 2. Konsolidierungskonzept 2016-2018 berücksichtigt.
2.13	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Volksfestplatz: Umwandlung in Wohnbauland und Start Verkaufsprozess		0,0	0,0	0,0	0,0		- Schausteller wünschen einen Umzug auf den Platz bei der MuK. - "Kontamination" des Geländes Volksfestplatz mit Trümmer- schutt des 2.Weltkrieges ; KWL hat Altlastengutachten beauftragt u. prüft Wirtschaftlichkeit des Projektes.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.14	--	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Einsatz externer Makler, um schneller beabsichtigte Veräußerungen umzusetzen					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
2.15	--	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Kleingärten - Einstellung des Verwaltungskostenbeitrags					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
2.16	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Kleingärten - Infolge Freizug von Parzellen Konzentration der Anlagen und Ausweisung freigezogener Anlagen als Bauland		0,0	0,0	0,0	0,0		Es finden Gespräche mit d. Kreisverbandsvorsitzenden statt. Die Anlage Lauerhof weist ca. 40% Leerstand aus.
2.17	--	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Generalpachtvertrag anheben					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
2.18	--	500 Soziale Sicherung	Der AWO ist für ihr Projekt AWO-Frauenhaus (Schutzwohnungen) in 2012 einmalig 63 TEUR bereitzustellen Haushaltsbegleitbeschluss 2012					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
2.19	--	500 Soziale Sicherung	Komplette Abgabe der Schuldnerberatung an Dritte - Prüfung der Wirtschaftlichkeit					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
2.20	--	500 Soziale Sicherung	Reduzierung der Zuschüsse an freie Träger - Verwaltungsakte bei freiwilligen Leistungen ab 2013 einstellen					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
2.21	P	500 Soziale Sicherung	KiTa-Entgeltermäßigung - Überprüfung in Zusammenarbeit mit FB 4, ob anderweitige organisatorische Anbindung zu Synergieeffekten führt					0,0	x	erledigt durch Übergang des Teams Kita-Entgelte von FB 2 in FB 4
2.22	39 /40 /41	515 Bali/JAW	Reduzierung des Zuschussbudgets Verstärkung der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern; alternativ Abwicklung des Bereiches		1,2	1,2	1,2	644,0		Im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 ist die Übergabe von Schneiderei und Personal an den FB 4 vorgesehen. Anschließend erfolgt Feststellung des Konsolidierungsergebnisses und Abrechnung.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.23	P	530 Gesundheits-amt	Standardüberprüfung mit dem Ziel der Absenkung - Welche Mindeststandards müssen erfüllt werden? - Verwaltungsabtlg. - Optimierung - Reduzierung des Aufwands bei Einschulungsuntersuchungen		0,0	0,0	0,0	0,0		Eine Untersuchung durch Externe mit Fachkenntnissen auf dem med. Sektor ist erforderlich und für das Hj. 2015 geplant.
2.24	P	530 Gesundheits-amt	Verlagerung von Tätigkeiten auf Dritte - Prüfung d. Wirtschaftlichkeit - Vertrauensärztli. Untersuchungen - Gesundheits- und Impfberatung - Zahnärztli. Schuluntersuchungen		0,0	0,0	0,0	0,0		Eine Untersuchung durch Externe mit Fachkenntnissen auf dem med. Sektor ist erforderlich und für das Hj. 2015 geplant.
2.25	42	530 Gesundheits-amt	Ausschreibung von ordnungsrechtlichen Bestattungen - Prüfung der Wirtschaftlichkeit		0,0	61,0	61,0	61,0		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
2.26	43	530 Gesundheits-amt	Einstellung KISS (Kontakt und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen)		0,0	47,2	53,4	53,4		Prüfungsbestätigung RPA liegt für Standardabsenkung vor, Das Land stellt für Freie Träger von Kontaktstellen zusätzliche Fördergelder aus dem Sozialvertrag II zur Verfügung stellt, die die Kommunen nicht erhalten. Eine Entscheidung der Freien Träger zur Übernahme der Aufgabe ist auch von den anstehenden Verhandlungen mit dem Land zum Sozialvertrag II ab 1. 1. 2015 abhängig. "
2.27	P	280 Wirtschaft u. Liegenschaften FB 5 - Planen und Bauen	Baurecht Pflanzenschutzamt 2. BA		0,0	0,0	0,0	0,0		Gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.12 ist die Maßnahme zu realisieren. Ablehnung der Maßnahme durch den FB 5 unter Hinweis auf das Konzept Lübeck 2030 . Der Hauptausschuss wurde in seiner Sitzung am 16.09.2014 über die Gründe informiert.
2.28	8	280 Wirtschaft u. Liegen- schaften	Erlöse aus Grundstücksverkäufen	330,5	741,4	877,4	1.141,4	1.441,4		Abrechnung für die Jahre 2011, 2012, 2013 und 2014 wird vorbereitet.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.29	84	020 FB-Controlling	Auflösung Ausgleichsamt wg. Aufgaben-beendigung - Wegfall der Planstellen Bereichsleitung A 13 g.D.(4090.1.0080), Sachbearbeitung 2x A 9 m.D. (4090.1.0280, 4090.1.0320), A 11 (4090.1.0085), 2x EG 9 (4090.2.0050, 4090.2.0080), 1,38x EG 5 (4090.2.0550, 4090.2.0520); Netto-Personalkosteneinsparung von 31,25 %					119,7	x	keine eigene Maßnahme der Kommune
2.30	P	020 FB-Controlling	Aufgabenreduzierung des Kurbetrieb Travemünde (KBT) Der KBT wird organisatorisch auf die hoheitlichen Pflichtaufgaben zurückgeführt. Die Leitung des Kurbetriebes wird organisatorisch in der Stadtverwaltung verankert. Der Bürgermeister wird beauftragt die erforderlichen organisat. Schritte einzuleiten und der Bürgerschaft ggf. notwendige Beschlussvorlagen vorzulegen Haushaltsbegleitbeschluss 2011		0,0	0,0	0,0	0,0		Stellungnahme FB 2: "Eine Vorlage befindet sich im Abstimmungsverfahren und wird zum geeigneten Zeitpunkt in das Beratungsverfahren gegeben".
2.31	44	280 Wirtschaft u.Liegen-schaften	Beendigung des Mietverhältnisses für die Liegenschaft Beckergrube 95 zum 01.01.2012; Umzug der Nutzer; Berücksichtigung der Netto-Einsparung	0,0	27,5	29,8	29,8	29,8		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
2.32	87	021 Fachbereichs-dienste	Einsparung einer 0,5 -Stelle EG 8 TVöD	0,0	0,0	19,3	46,7	46,7		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
2.33	--	280 Wirtschaft u.Liegen-schaften	Streichen des Zuschusses Volksfestumzug					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.34	--	500 Soziale Sicherung	Einstellung Seniorenfreizeitpass Bürgerschaftsbeschluss vom 18.09.2014: 1. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden die sozialpolitischen Ermäßigungsangebote durch Karten und Pässe bei der Hansestadt Lübeck zu einer einheitlichen Lübeck-card zusammengefasst. 2. Die Umsetzung erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren wie in dem beiliegenden Bericht beschrieben. Die Umsetzung der Stufe 1 ist spätestens bis März 2015 umzusetzen. Die weitere Umsetzung soll bis spätestens März 2016 erfolgen. 3. In der ersten Umsetzungsstufe werden der ‚Lübeck-Pass‘, der ‚Senioren- und Freizeitpass‘ u. die Familien-karte zu einer einheitl. Lübeck-card zusammengefasst. 4. Die Lübeck-card gilt für jeweils ein Kalenderjahr zu einem Preis von 20 Euro; für Sozialleistungs-bezieherinnen und –bezieher, Inhaber der Ehrenamtskarte und der Juleica ist sie kostenfrei. 5. In Verbindung mit den jeweiligen Preistarifen der städtischen Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen sind damit Vergünstigungen und Angebote für Lübecker Familien (bis zu 2 Erwachsene mit eigenen minderjährigen Kindern in gemeinsamer Nutzung), Senioren (über 65-jährigen Lübeckerinnen und Lübecker) und Sozialleistungsbezieherinnen und –bezieher vorzusehen. 6. Die Entgeltordnungen und Preistarife der städtischen Einrichtungen sind entsprechend anzupassen. 7. Bei der Ausgabe der Lübeck-Card ist eine Personalisierung der Karte sicherzustellen.		0,0	0,0	0,0	0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 18.09.2014
2.35	88	830 Kurbetrieb Travemünde	Einsparung einer Stelle EG 9 TVöD durch Optimierung von Arbeitsabläufen in der Abteilung Außendienst	0,0	59,5	81,9	84,8	84,8		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
2.36	89	830 Kurbetrieb Travemünde	Einsparung einer Stelle EG 8 TVöD in der Verwaltung durch Straffung von Arbeitsabläufen und Optimierung der Bürokommunikationssysteme	0,0	0,0	0,0	66,7	80,0		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.37	90	830 Kurbetrieb Travemünde	Einsparung einer Stelle EG 5 TVöD in der Verwaltung durch Übernahme der Mitarbeiter auf eine freie Stelle in der Kernverwaltung		0,0	0,0	44,9	44,9		Abrechnung läuft.
2.38	P	830 Kurbetrieb Travemünde	Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Der Bürgermeister wird beauftragt, die Kosten- und Leistungsstrukturen des KBT auf ihre Effektivität und die Kosten-/Nutzen-Ergebnisse zu überprüfen. Die Prüfung soll insbesondere Kostenvergleiche mit städt. Dienstleistern bei vergleichbaren Dienstleistungen transparent darstellen und mögliche Synergien aufzeigen.		0,0	0,0	0,0	0,0		siehe lfd. Nr.2.30
2.39	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, welche Möglichkeiten der öffentlichen Ausschreibung der Wochen- und Jahrmärkte bestehen und welche Umsetzungsschritte ggf. erforderlich wären, um die Aufgabe durch Dritte erfüllen zu lassen.		0,0	0,0	0,0	0,0		Stellungnahme FB 2: "Eine Komplettaufgabe oder Privatisierung wird nach den Gesprächen mit den Marktbesckickern und rechtlicher Prüfung als nicht realisierbar eingeschätzt. In den Gesprächen mit dem Verband der Marktbesckicker wird eine Teilverlagerung von Aufgaben auf die Marktbesckicker diskutiert, so dass sich tendenziell die Aufgabe der HL auf Bereitstellung der Flächen sowie der Infrastruktur, Marktaufsicht und Gebühreneinzug beschränkt."
2.40	102	div.	Reduzierung der LN-Abonnements in allen Fachbereichen (FB) von derzeit - 41 auf 9 Druckträger - 11 auf 5 E-Paper		0,0	0,0	0,0	1,6		Zentral geführte Gespräche mit den Lübecker Nachrichten haben stattgefunden. Umstellung auf E-Paper befindet sich in Vorbereitung.
2.41	P	020 FB-Controlling	Erlöse aus Grundstücksveräußerungen der Konzerntöchter; hier: KWL, Stadtwerke;...		0,0	0,0	0,0			Maßnahme nicht begonnen
2.42	111	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Gutachterausschuss / Satzung erstellen		0,0	0,0	0,0	5,0		Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses ist mit einer Neukalkulation der Gebührensätze als Grundlage für die Änderung der Gebührensatzung beauftragt worden.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
2.43	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Gebührenerhöhung, insbesondere SG Erbbaurechte und sonstige Rechte Entgelte für Negativatteste		0,0	0,0	0,0	0,0		Maßnahme wird zur Zeit geprüft.
2.44	112	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Gebührenerhöhung, insbesondere SG Erbbaurechte und sonstige Rechte Neukalkulation der Tarife für die Abgabe privatrechtlicher Erklärungen		0,0	0,0	0,0	5,0		Umsetzung der Maßnahme in 2015
2.45	110	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	Gebührenerhöhung, insbesondere SG Erbbaurechte und sonstige Rechte Erhöhung der Entgelte für die Ablöse von Dienstbarkeiten zugunsten der Hansestadt Lübeck (durchschnittl. 5 Fälle p.a.; Abschöpfung des wirtschaftl. Vorteils)		0,0	0,0	0,0	10,0		Die Entgelte für die Ablösung von Dienstbarkeiten wird je nach Inhalt der Dienstbarkeit mit den Antragstellern ausgehandelt.
2.46	P	280 Wirtschaft u.Liegen- schaften	prioritäre aktive Vermarktung (z.B. Internet, Homepage, Anzeigen) der bebauten Grundstücke -siehe auch 5.69-, die für Verwaltungszwecke u.a. nicht mehr benötigt werden. (- Veräußerungserlöse 4% kondiwirksam und - Reduzierung Aufwand BU + NK)		0,0	0,0	0,0	0,0		aktive Vermarktung der bebauten Grundstücke läuft, zuletzt Vermarktung eines bebauten Grundstücks in der Glockengießerstrasse. Für das Fährhauses Rothenhusen, Katharinenstr.sowie das Hofgebäude des Stadtgutes Falkenhusen sind Beschlüsse in Vorbereitung (Verbesserung werden in der Gesamtkondiliste Ziffer 2.28 erfasst)
2.47	113	021 Fachbereichs- dienste	Einsparung einer EG 5 - Stelle Nummer 0021.2.0700 (Berechnung nach Personal-kostentabelle des Landes incl. Personalgemeinkosten und 20% Arbeitsplatzzuschläge)		0,0	0,0	0,0	76,2		Maßnahme noch nicht umgesetzt.
3.1	--	030 FB-Controlling	Entsorgungszentrum Lübeck (EZL) Die EZL schüttet bisher an die EBL aus. Prüfung, ob und wie Ausschüttung/Abführung an HL möglich ist Haushaltsbegleitbeschluss 2012					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
3.2	--	322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	Stadtteilbüros: Angebotsüberprüfung zwecks Kostenreduzierung Haushaltsbegleitbeschluss 2012					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
3.3	--	322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	Reduzierung von Stadtteilbüros Prüfauftrag: Schließung aller Stadtteilbüros und Einrichtung einer Meldestelle in der Innenstadt mit Überführung der privaten KFZ-Zulassungen in die Zulassungsstelle					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
3.3	--	322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	Stadtteilbüros Prüfauftrag Bürgerschaft: Optionen für andere Möglichkeiten zur Versorgung der Stadtteile, in alternativen Standorten, sollen geprüft werden.					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013, siehe 3.20 - Optimierung der Organisationsstruktur der Stadtteilbüros
3.4	P	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Standardüberprüfung im Verbraucherschutz mit dem Ziel der Absenkung - Welche Mindeststandards müssen erbracht werden?					0,0	x	siehe auch Maßnahmen - 3.12 - Zusammenlegung der Bereiche Naturschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz und Tiergesundheit - 3.23 - Reduzierung einer Planstelle im Verbraucherschutz Die Fachstellen müssen lt. FB 3 besetzt sein. - Es sind gebührenrelevante Tätigkeiten. - Kontrollen wurden bereits ausgedünnt. - Vermeidung des kritischen Verzugs bei ordnungsrechtl. Aufgabenwahrnehmung.
3.5	--	327 Verkehrsange- legenheiten	Optimierung der Einsatzzeiten der Verkehrsüberwacher					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
3.6	P	340 Standesamt	Dienstleistungen auf unterschiedliche Standards überprüfen mit entsprechender Entgeltstaffelung zur Erhöhung des Kostendeckungsgrads					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.
3.7	P	340 Standesamt	Überprüfung eines Umzuges in stadteigene Räumlichkeiten zwecks Reduzierung Mietaufwand in Zusammenarbeit mit GMHL		0,0	0,0	0,0	0,0		Ergebnisse vom GMHL liegen noch nicht vor
3.8	P	370 Feuerwehr	Optimierung des Personalbedarfs bei der Feuerwehr mit dem Ziel der Reduzierung der Funktionsstellen		0,0	0,0	0,0	0,0		Gutachter hat seine Arbeit 10/2014 aufgenommen
3.9	P	370 Feuerwehr	Optimierung im Fahrzeugbestand Feuerwehr - Prüfung, ob Leasing wirtschaftlich oder Verlängerung der Nutzungsdauer möglich ist					0,0	x	Der Prüfauftrag ist erledigt. Konsolidierungspotential wird nicht erzielt.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
3.10	--	370 Feuerwehr	Gebühren und Entgelte - Kostendeckungsgrad Rettungsdienstentgelte auf 100%					0,0	x	100% Kostendeckung liegt vor
3.11	P	370 Feuerwehr	Feuerlöschboot aufgeben		0,0	0,0	0,0	0,0		Gutachter hat seine Arbeit 10/2014 aufgenommen
3.12	45	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Zusammenlegung der Bereiche Naturschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz und Tiergesundheit	29,9	183,9	339,5	384,6	384,6		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
3.13	P	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Standardüberprüfung im Naturschutz mit dem Ziel der Absenkung - Welche Mindeststandards müssen erbracht werden?		0,0	0,0	0,0	0,0	x	siehe 3.12 - Zusammenlegung der Bereiche Naturschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz und Tiergesundheit
3.14	46	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Reduzierung Vergabe externer Gutachten im Naturschutz um 50%					22,0	x	Reduzierung im HHPI (Soll) ist erfolgt. Eine weitere Reduzierung der Aufwendungen für Gutachten ist aufgrund der gesetzlichen und fachlichen Voraussetzungen derzeit nicht möglich.
3.15	--	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Einstellung der freiwilligen Zuschüsse an Landwege e.V. und Landschaftspflegeverein Dummersdorfer Ufer e.V.					0,0	x	Maßnahme wird erst im 2. Paket ab 2016 wirksam
3.16	P	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Standardüberprüfung im Umweltschutz mit dem Ziel der Absenkung - Welche Mindeststandards müssen erbracht werden?		0,0	0,0	0,0	0,0	x	siehe 3.12 - Zusammenlegung der Bereiche Naturschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz und Tiergesundheit
3.17	47	700 Entsorgungs- betriebe	Abschaffung der Staffeltarife in der Entwässerung	0,0	0,0	396,6	638,9	638,9		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
3.18	48	820 Stadtwald	Erwirtschaftung mindestens ausgeglichenes Ergebnis bis 2015 Haushaltsbegleitbeschluss 2012		212,2	312,2	412,2	512,2		Abrechnung erst in 2015 möglich Holzeinschlag wurde bei gleichzeitiger nachhaltiger Forstwirtschaft auf Erreichen des angestrebten Ergebnisses ausgerichtet.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
3.19	5	322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	Aufhebung des Gebührenbefreiungstatbestandes bei Beglaubigungen von Schulzeugnissen (§ 3 Abs. 1 Nr. 7 der Verwaltungsgebührensatzung der HL)					12,0	x	nach Änderung Verw.geb.-Ordnung erfolgte Änderung des Nutzerverhaltens => keine Mehrerträge, aber auch keine signifikanten Einsparungen
3.20	104	322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	Optimierung der Organisationsstruktur der Stadtteilbüros Bürgerschaftsbeschluss vom 28.11.2013: Die Zentralisierung der KFZ-An-/Abmeldung gem. Vorlage VO/2013/01078 wird umgesetzt. Das Stadtteilbüro TVM wird geschlossen, St.Gertrud wird am Meesen-ring in die städt.Liegenschaft integriert. Der Standort A.-Ehrmann-Str. wird aufgegeben.Synergien durch die Zusammenlegung sind -auch in der Personalstruktur- zu heben. Für die übrigen Standorte erfolgt eine Überprüfung der Servicezeiten und weitere strukturelle Optimierungsmöglichkeiten.Der Bürgerschaft ist ein Umsetzungszeitplan vorzulegen, der sicherstellt, dass die K'effekte bis Ende 2015 wirksam werden und in das K'konzept einfließen können.		0,0	0,0	30,1	30,1		Abrechnung für die Schließung des Stadtteilbüros Travemünde steht noch aus.
3.20 (noch)	114		Überführung der Kfz-Zulassungen in die Zulassungsstelle Meesenring ab 10/2014		0,0	0,0	0,0	51,8		Entmietung des Gebäudes A.-Ehrmann-Straße zum 31.01.2015 ist erfolgt
3.20 (noch)	115		Einsparung einer Planstelle EG 8 ab 10/2015 durch Aufgabenoptimierung		0,0	0,0	0,0	20,0		Einsparung einer Planstelle zum 01.10.2015 hier: Einsparungsbetrag für 3 Monate. Restl. Monate werden für das zweite Paket angerechnet.
3.21	P	327 Verkehrsange- legenheiten in Zusammenarbeit mit 1.105 Informations- technik	Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) in 2014 im Bereich Verkehrsangelegenheiten als Pilotbetrieb	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		Einführung des DMS voraus. ab Anfang 2015 mit Einsparungen von ca. 150 T€. (s.auch Haushaltsbegleitbeschluss 2015)
3.22	--	370 Feuerwehr	Erweiterung des Fortbildungsangebotes der Rettungsassistentenschule					15,0	x	Keine Konsolidierungserfolge zu erwarten

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
3.23	91	390 Umwelt-, Natur- und Verbraucher- schutz	Reduzierung einer Planstelle im Verbraucherschutz	0,0	0,0	0,0	66,8	72,9		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
3.24	102	div.	Reduzierung der LN-Abonnements in allen Fachbereichen (FB) von derzeit - 41 auf 9 Druckträger - 11 auf 5 E-Paper		0,0	0,0	0,0	1,0		Zentral geführte Gespräche mit den Lübecker Nachrichten haben stattgefunden. Umstellung auf E-Paper befindet sich in Vorbereitung.
3.25	P	370 Freiwillige Feuerwehren (FF)	Optimierung der Organisationsstruktur der FF		0,0	0,0	0,0	0,0		Es handelt sich um einen Teilprüfauftrag des Gutachtens zur Feuerwehr - siehe 3.8 und 3.11
3.26	116	322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	<u>nachrichtlich:</u> Einstellung Begrüßungsgeld ab 2011	65,4	65,4	65,4	65,4	65,4		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
3.27		322 Melde- und Gewerbeange- legenheiten	Konzentration der Stadtteilbüros auf St. Lorenz und Innenstadt					293,2	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BU - Beschluss vom 26.06.2014 Deutliche Einsparungen sind nur bei Schließung ganzer Standorte zu generieren
4.1	--	040 FB-Controlling	Reduzierung der Kulturförderung - Verwaltungsakte bei Pflichtleistungen in den nä. 5 J. jährlich um 2% reduzieren - Budgetverträge nach Auslaufen reduzieren (s.vor)					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.2	22	040 FB-Controlling	Nordische Filmtage - Erhöhung Kostendeckungsgrad		8,0	8,0	8,0	8,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
4.3	--	040 FB-Controlling	Theater Lübeck die Maßnahme "Kürzung der Zuschüsse Theater" wird aus Zi. 5 - HH-Begleitbeschluss 2012 gestrichen. Folgende Einzelmaßnahmen sind umzusetzen: 1. die Liquidität des Theaters ist für das gesamte HH-Jahr 2012 in geeigneter Weise sicherzustellen. Es ist zwischen den Tarifpartnern eine Zielvereinbarung mit einer Laufzeit von 6 Jahren zur Sicherstellung der zukünftigen Wirtschaftlichkeit/ Betrieb zu erarbeiten (max. jährlicher Zuschuss 7 Mio EUR). 2. Der mögliche Verlustausgleich aus dem WiPlan des Theaters (2011/12) mit rd. 380 TEUR ist auszugleichen. 3. Der Bürgerschaft ist in ihrer Juni-Sitzung 2012 ein Bericht über Verfahren sowie eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen. Haushaltsbegleitbeschluss 2012					0,0	x	Maßnahme ist umgesetzt; nicht anrechenbar im Konsolidierungskonzept
4.4	52	040 FB-Controlling	Musik- und Kongresshalle Herstellung der Beschlusslage zur Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5 % Geschäftsjahre 2013 und 2014 Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	54,0		Maßnahmen umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.5	P	040 FB-Controlling	Verkauf AquaTop-Grundstück und Verwendung Verkaufserlös zur Absenkung des Zuschussbedarfs der Lübecker Schwimmbäder bis 2015					0,0	x	Steuerung erfolgt nicht durch FB 4.
4.6	P	040 FB-Controlling	Schließung Therapietrakt Behnckenhof		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Prüfauftrag erledigt; kein Konsolidierungspotential
4.7	53	040 FB-Controlling	Lübecker Schwimmbäder - Optimierung im Bestand Herstellung der Beschlusslage zur Kürzung der Zuschüsse in 2 Stufen à 5 % Geschäftsjahre 2013 und 2014 Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	0,0	0,0	418,0		Erste Maßnahmen umgesetzt; Teil-Abrechnung in Vorbereitung
4.8	--	040 FB-Controlling	Lübecker Schwimmbäder - Schließung der Kunstfreibäder in Moisling und Schlutup					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
4.9	54	041.7 Kulturstiftung/ Lübecker Museen	Senkung Zuschuss an Kulturstiftung/Lübecker Museen in drei Stufen à 2% Haushaltsbegleitbeschluss 2012		86,5	86,5	86,5	208,5		Von den geforderten 258 T€ können 50 T€ aus heutiger Sicht des FB 4 nicht erwirtschaftet werden. Abrechnung steht noch aus. Mit Beschlussfassung über den Haushalt 2014 hat die Bürgerschaft die um 50 T€ verringerte Einhaltung der Vorgabe aus dem Haushaltsbegleitbeschluss 2010 angenommen. Darüber hinaus ist kein(e) weitere(r) Bericht/Vorlage erforderlich.
4.10	--	041.7 Kulturstiftung/ Lübecker	Schließung Naturkundemuseum					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.11	--	041.7 Kulturstiftung/ Lübecker Museen	Schließung Geschichtswerkstatt Herrenwyk oder Abgabe an Dritte					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.12	P		Leerzeile					0,0	x	
4.13	--	401 Schule und Sport	Zwergschulen auflösen - Schülerströme lenken					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.14	P	401 Schule und Sport	Überprüfung der Raumbilanz auf Basis des Gutachtens 2006/07 (Überhängez.B. bei Grundschulen und Förderzentren => bedarfsgerechte Bereitstellung))					0,0	x	Prüfauftrag erledigt; kein Konsolidierungspotential
4.15	P	401 Schule und Sport	Überprüfung der Rauminbesitznahme durch die Schulen, Ziel: Verbesserung der Raumbilanz mit dem Ziel eines Gebäudeabbaus in Anpassung an die demographischen Strukturen					0,0	x	Prüfauftrag erledigt; kein Konsolidierungspotential
4.16	P	401 Schule und Sport	Weitere Übernahme von Sportstätten durch Vereine		0,0	0,0	0,0	0,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.17	P	401 Schule und Sport	Reduzierung der Sportförderung durch Festschreibung des Förderbetrags auf 200 TEUR					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.18	9	403 VHS	Erhöhung Kostendeckungsgrad		5,0	5,0	5,0	20,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
4.19	P	415 Archiv	Erhöhung der Erträge Mehrerträge durch Kostenerstattung für Dienstleistungen, z.B. Forschung im Bereich Familiengeschichte, möglich?					0,0	x	Prüfauftrag erledigt; kein Konsolidierungspotential
4.20	--	416 Stadtbibliothek	Schließung Stadtteilbibliotheken					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.20	10	416 Stadtbibliothek	Reduzierung Zuschussbudget - Gebührenerhöhung		0,0	0,0	0,0	10,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.21	--	491 Archäologie und Denkmalpflege	Gebühren für denkmalschutzrechtliche Genehmigungen überprüfen					0,0	x	rechtl. nicht möglich
4.22	11	511 Städt. Kindertageseinric- htungen	Anhebung der Entgelte		0,0	0,0	0,0	21,2		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.23	P	510 Familienhilfen	Überprüfung der Arbeitsabläufe des Bereiches mit dem Ziel der Strukturoptimierung und damit einhergehend Personalreduzierung in der Verwaltung		0,0	0,0	0,0	0,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.24	--	513 Jugendarbeit	Zusammenlegung Nachbarschaftsbüros mit Familienzentren Haushaltsbegleitbeschluss 2012					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.25	--	513 Jugendarbeit	Schließung von Nachbarschaftsbüros					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.26	--	513 Jugendarbeit	Jugendzentren in der Innenstadt (Burgtor und Röhre) zusammenfassen und einen Standort aufgeben					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
4.27	80	401 Schule und Sport	Vermarktung von Namensrechten (Schulen / Sporthallen) Interessierte Firmen und Personen können sich um die Namensrechte von Schulen und Sporthallen bewerben.		0,0	0,0	0,0	40,0		Die Maßnahme befindet sich in der langfristigen Bearbeitungsplanung des Bereiches Schule und Sport. Mit den Arbeiten sollen aus Kapazitätsgründen in I./15 begonnen werden. (Einsparung einer A 11 – Stelle Abteilungsleitung sowie Elternzeit der neuen Abteilungsleitung)
4.28	12	401 Schule und Sport	Anhebung der Gebühren für die Viermastbark Passat zum 01.06.12		22,0	22,0	22,0	44,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
4.29	49	041.7 Kulturstiftung/ Lübecker Museen	Schließung des Burgklosters und Umbau zum Europäischen Hansemuseum Beschluss 2011, Schließung während Umbau 2012, 2013, Deckelung Zuschuss ab 2014ff. auf 400 T€ (Zuschussbudget 2009: 575 T€)		281,0	281,0	281,0	175,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.30	50	401 Schule und Sport	Schließung Luisenhofschule - Auslaufen mit Schuljahr 2011/2012 - Einsparung von Betriebskosten und Bauunterhaltung - Hausmeisterdienste wurden bereits von Schule Rangenberg abgedeckt		19,5	19,5	19,5	39,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.31	79	416 Stadtbibliothek	Schließung Stadtteilbibliothek in der Schulbibliothek Georg-Kerschensteiner Schule zum 01.10.11		3,0	3,0	3,0	3,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.32	--	040 FB-Controlling	Reduzierung der Kulturförderung ab 2015 um 30 T€					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013
4.33	95	040 FB-Controlling	Nordische Filmtage / Reduzierung des Zuschusses pro Besucher von 7,57 € (2012) auf 5,00 € (2014) Bürgerschaftsbeschluss 28.11.2013: Die Reduzierung des Zuschusses in 2014 wird nicht umgesetzt. Ab dem Jahr 2015 ist eine Reduzierung des Zuschusses von 28 T€ umzusetzen. Dies kann durch eine Anpassung der Eintrittspreise oder organisatorische Maßnahmen erfolgen.		0,0	0,0	0,0	28,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.34	--	041.7 Kulturstiftung/ Lübecker	Schließung des Museums für Natur und Umwelt					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013
4.35	--	041.7 Kulturstiftung/ Lübecker	Abgabe Geschichtswerkstatt Herrenwyk an Verein					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
4.36	92	401 Schule und Sport	Bark Passat / Anhebung der Entgelte		0,0	0,0	40,0	40,0		Die Anhebung der Entgelte hat in 2012 zu einem zusätzlichen Ertrag ab 2013 von 44 T€ geführt. Anpassung mit den Steigerungssätzen 2012 erneut ab 2014 und Verzicht auf Ermäßigungen. Die dargestellte erneute Entgeltsteigerung um weitere 40T€ ist aus Sicht des FB4 nicht realisierbar, weil <ul style="list-style-type: none"> • die Passatbrücke von 10/2014 bis voraussichtlich 04/2015 erneuert werden muss und damit die Passat nicht erreichbar ist • die Durchführung der aktuell laufenden Brandschutzmaßnahmen Einschränkungen in der Nutzbarkeit auslösen • die Erreichbarkeit der Bark durch die Maßnahme Priwall Waterfront möglicherweise nicht durchgängig sichergestellt ist • die unsichere Situation zum Thema Übernachtungssteuer es geboten erscheinen lassen, die Klärung dieses Sachverhaltes zunächst abzuwarten • der Tarif in Bezug auf die Zielgruppe Schulen, Kinder und Jugendliche seine Belastungsgrenze erreicht hat. Die Passat steht mit ihrem Angebot im Wettbewerb zu anderen attraktiven Zielen und dies bei einer vergleichsweise einfachen Ausstattung sowie dem Fehlen bzw. nur gering vorhandenen anderen Ange-boten für diese Zielgruppe muss befürchtet werden, dass eine weitere Anhebung der Preise eher zu einer Abwanderung dieser Zielgruppen führen würde. <p>Erhöhung der Entgelte sind jährlich mit Blick auf die steigenden Kosten anzupassen.</p>
4.37	93	401 Schule und Sport	Einsparung einer Stelle BBO A11 durch Zusammenlegen zweier Abteilungen	0,0	31,1	93,4	93,4	93,4		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
4.38	--	416 Stadtbibliothek	Schließung einer Stadtteilbibliothek alternativ: Schließung aller Stadtteilbibliotheken Bürgerschaftsbeschluss 28.11.2013: Alternativ wird der Bürgermeister beauftragt, eine Neuorganisation der Stadtbibliothek und der Stadtteilbibliotheken zu prüfen und mögliche Kosteneinsparungen im Rahmen von Organisationsänderungen aufzuzeigen.					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013 (s. a. Bericht VO/2014/01454)
4.39	--	415 Archiv	Herabstufung der Stelle eines wissenschaftl. Mitarbeiters		0,0	0,0	0,0	16,8		einvernehmliche Maßnahme Mit Ausscheiden des wissenschaftl. MA in 2014 wird dessen Stelle Nr. 3210.2.0005, EG 14 TVöD, eingespart. Die aktuell unbesetzte, niedriger dotierte Stelle Archivrat, BBO A13 LG2.2, wäre dann zu besetzen. Einsparung des Differenzbetrages. (Archiv-Informatiker)
4.40	82	415 Archiv	Anpassung der Gebühren für Auskünfte aus dem Personenstandsregister		0,0	0,0	1,3	1,3		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
4.41	94	491 Archäologie und Denkmalpflege	Stelleneinsparung Archäologie	0,0	0,0	45,2	112,6	112,6		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
4.42	--	513 Jugendarbeit	Aufgabe der Nachbarschaftsbüros					0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 28.11.2013
4.43	P	510 Familienhilfen	Optimierung der Arbeitsprozesse in der Abteilung "Beistandschaften, Unterhaltsvorschusskasse, Amtsvormundschaften" mit dem Ziel eines effektiveren Personaleinsatzes bei gleichzeitiger Kostensenkung bis Ende 2014.		0,0	0,0	0,0	0,0		Derzeit Erarbeitung Konzept: Schnittstellen, Arbeitsabläufe, Zusammenarbeit Aktuell AG's zu Aktenführung, Zentralisierung von Aufgaben und Integration des Forderungssachgebietes sowie Informationsfluss.
4.44	--	416 Stadtbibliothek	Einsparung der Planstelle Nr. 3520.1.0090, SHBesG A 6, WAZ 41 Std.		0,0	0,0	0,0	56,4	x	Prüfauftrag erledigt; kein Konsolidierungspotential
4.45	102	div.	Reduzierung der LN-Abonnements in allen Fachbereichen (FB) von derzeit - 41 auf 9 Druckträger - 11 auf 5 E-Paper		0,0	0,0	0,0	2,9		zentral geführte Gespräche mit den Lübecker Nachrichten haben stattgefunden. Umstellung auf E-Paper befindet sich in Vorbereitung.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
4.46	P	491 Archäologie und Denkmalpflege	Optimierung der Arbeitsprozesse					0,0	x	Prüfauftrag erledigt; kein Konsolidierungspotential
5.1	55	060 FB-Controlling	Zusammenlegung GMHL/GHL Haushaltsbegleitbeschluss 2012		0,0	43,7	82,0	89,7		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.2	P	060 FB-Controlling	Verlagerung 5.610.4 Verkehrsplanung in 5.661 - Verkehr zur Optimierung Arbeitsabläufe mit dem Ziel Personalreduzierung		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Im Zuge der Prüfung zur Zusammenlegung Stadtplanung / Bauordnung hat sich ergeben, dass keine Vorteile zu erwarten sind, die Maßnahme wird daher zzt. nicht weiterverfolgt.
5.3/ 5.40	56	060 FB-Controlling	Integration Bauordnung in Stadtplanung/ Einvernehmen mit dem Ziel der Personalreduzierung		6,1	73,5	77,6	86,0		Maßnahme wurde mit lfd. Nr. 5.40 zusammengelegt. Umsetzung der Maßnahme erfolgt aufgrund der noch andauernden verwaltungsinternen Abstimmungen voraussichtlich zum Januar 2015.
5.4	--	060 FB-Controlling	Verkauf von Nicht-Wohnimmobilien der GG Trave		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen. Es ist festzustellen, dass die Umsetzung z.T auch dadurch erschwert wird, dass die neu zu beziehenden Objekte aktuell hierfür noch nicht hergerichtet sind (Standesamt); Dieser Auftrag ist umgesetzt.
5.5	--	060 FB-Controlling	GG Trave - Steigerung der Ausschüttungsquote auf 8% Der BGM wird beauftragt, mit der GG Trave für die Dauer von 3 Jahren eine Zielvereinbarung abzuschließen, die eine Erhöhung der derzeitigen jährlichen Ausschüttung um 150 TEUR sicherstellt.		0,0	0,0	0,0	0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
					T€	T€	T€	T€	T€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5.6	P	691 LPA	Lübecker Hafengesellschaft Herstellung der Ausschüttungsfähigkeit/ Erhöhung der Ausschüttung im Geschäftsjahr 2012 ab Ausschüttungszeitraum 2013		0,0	0,0	0,0	0,0		Im Jahr 2013 gibt es einen Jahresüberschuss von ca. 333 T€. Die Ausschüttung der LHG ist erfolgt. Abhängig von der Höhe der Gesellschaftsanteile und der noch vorzunehmenden Besteuerung ist für die HL eine Einnahme in Höhe von ca. 200 T€ denkbar. Darüber hinaus wurde eine Entscheidung, ob auch der vorzutragende Überschuss aus den Jahren 2011 und 2012 in Höhe von ca. 1.236 T€ ausgeschüttet werden soll, nicht getroffen. Die LHG hat einen Betrag in Höhe von 153.507,72 EUR netto gezahlt. Zu Überschüssen aus den Jahren 2011 und 2012 gibt es keine neue Entscheidung.
5.7	14	610 Stadtplanung	Ertragserhöhung - Entgelte für Bauberatung erheben		0,0	0,0	150,0	150,0		Stellungnahme FB 5: "Es liegt ein Gutachten des Bereichs Recht vor, eine Satzung daraus zu basteln scheint aber sehr schwierig. Vielleicht könnte man erstmal eruieren, ob überhaupt ein Schätzwert ermittelt werden kann."
auch 5.7		610 Stadtplanung	Ertragserhöhung - Kostenerstattung für vorhabenbezogene B-Pläne		0,0	0,0	0,0	0,0		Stellungnahme FB 5: "Betreuungskosten durch die Verwaltung sind nicht inbegriffen. Der FB 5 prüft, ob ein Gebührentatbestand möglich ist. Die Kosten werden bereits hauptsächlich so weit wie möglich durch die Investoren getragen. Für die hoheitlichen Tätigkeiten kann keine Kostenerstattung erfolgen."
auch 5.7	P	610 Stadtplanung	- Einführung 25%-Modell		0,0	0,0	0,0	0,0		Mündlicher Zwischenbericht wurde im Bauausschuss gegeben. Stellungnahme FB 5: "Vorrangig werden in den nächsten Jahren städtische Flächen entwickelt, so dass ein 25 %-Modell keine nennenswerten Auswirkungen entfalten würde." Anmerkung Stabsstelle: Die Aussage gilt für den Fall, dass Erschließung und Verkauf der Flächen durch die HL erfolgt.

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.8	P	651 GMHL	Hausmeisterpool mit Definition der Aufgabenbereiche		0,0	0,0	0,0	0,0		IST-Analyse ist abgeschlossen; Personalbemessung und Soll-Prozessentwicklung sollen gem. Meilensteinbericht bis April 2015 abgeschlossen werden.
5.9	P	651 GMHL	Instandhaltung technischer Anlagen mittels Wartungsverträgen optimieren		0,0	0,0	0,0	0,0		Der Abschluss und das Zusammenfassen von Wartungsverträgen ist ein stetig lfd. Prozess und noch nicht abgeschlossen. Der FB 5 prüft, wie hoch das mögliche Konsolidierungspotential sein könnte.
5.10	P	651 GMHL	Überprüfung der Einhaltung der städtischen Grundsätze, die zu einer Festschreibung der Raumrichtgrößen führen, mit dem Ziel einer weiteren Verdichtungsmöglichkeit in Verwaltungsgebäuden (Senat am 16.05.2012)		0,0	0,0	0,0	0,0		Sollte im Rahmen der Konzepterstellung gem. BÜ-Beschluss vom 28.11.13 mit externer Unterstützung thematisiert werden (Stichwort: Portfoliomanagement); Vorlage wurde im Senat am 21.05.14 erneut zurückgewiesen; aufgrund der momentanen "Nicht-Besetzung" der Raumplanung kann dieses Thema z.Zt. nicht intensiv verfolgt, bzw. bearbeitet werden.
5.11	P	651 GMHL	Konzentration derjenigen Mitarbeiter aller Bereiche, die mit hochbaulichen Tätigkeiten befasst sind, im Bereich GMHL mit dem Ziel einer gesamtstädtischen Stellenreduzierung.		0,0	0,0	0,0	0,0		Sollte im Rahmen der Konzepterstellung gem. BÜ-Beschluss vom 28.11.13 mit externer Unterstützung thematisiert werden (Stichwort: Konzentration aller gebäudewirtschaftlichen Aufgaben beim GMHL); Vorlage wurde im Senat am 21.05.14 erneut zurückgewiesen; die betreffenden Themen sind grds. bekannt, können aufgrund der Personalsituation in Eigenregie des GMHL z.Zt. aber nicht intensiv bearbeitet werden.
5.12	P	GMHL	Prüfung, ob Schule Moising durch Verwaltung belegt werden kann mit dem Ziel einer Entmietung (z.B. Ziegelstraße oder Hafestraße)		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Prüfauftrag ist nicht weiter zu verfolgen. Nachfolgenutzung bereits festgelegt.gem. letzter Abstimmung mit den Senatoren FB4 und FB5 soll die Unterbringung einer Kita in der ehem. Schule vorrangig geprüft werden (Planung in 2014); hier könnten ggf. die zwei benachbarten Kita-Standorte zusammengeführt werden; eine Belegung der ehem. Schule für Verwaltungseinheiten wird vom GMHL z.Zt. nicht geprüft.
5.13	57	660 Stadtgrün und Verkehr	Reduzierung der Kosten für die Sinkkastenreinigung		35,0	35,0	35,0	35,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.14	15	660 Stadtgrün und Verkehr	Erhöhung Abführung KWL aus Parkgebühren		200,0	580,0	580,0	580,0		Die angestrebten 580 T€ wurden in 2013 verfehlt, es wurden Mehreinnahmen von 509 T€ erzielt. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass in 2014 das angestrebte Ziel erreicht wird.
5.15	--	660 Stadtgrün und Verkehr	Technisches Betriebszentrum (TBZ) - Aufnahme der Arbeiten		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen.
5.16	58	660 Stadtgrün und Verkehr	Umsetzung der personellen Einsparungen von 200.000 € bereits in 2013 beim TBZ		9,5	38,0	121,4	188,7		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.17	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Aufgabe mind. eines Betriebshofes ab 2014		0,0	0,0	0,0	0,0		Die Betriebshöfe Lotsenberg und Parkallee in Travemünde werden in einer neuen Unterkunft zusammengefasst. Aufgrund der Abrechnungsmodalitäten mit dem GMHL tritt ein Konsolidierungseffekt erst in 2015 ein und kann auch erst dann beziffert werden.
5.18	16	660 Stadtgrün und Verkehr	Ertragserhöhung - Anpassung Straßenausbausatzung auf 85% Beitragsanteil		0,0	0,0	0,0	45,0		Die Vorlage zur Satzungsänderung befindet sich im Verfahren. Zur Beschlussfassung ist die Nov.-BÜ 2014 vorgesehen.
5.19	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Beleuchtung, Lichtsignalanlagen (LSA) mit dem Ziel Kostensenkung		0,0	0,0	0,0	0,0		Erledigung soll (nach Ende der laufenden Wartungsverträge - Ende 2014) durch eigene Mitarbeiter erfolgen. Stellenbesetzungsverfahren läuft.
auch 5.19	P	660 Stadtgrün und Verkehr	- Masterplan Beleuchtung		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Umbenannt in "Lichtleitplan" Ein Haushaltskonsolidierungsvolumen ist nicht erkennbar.
auch 5.19	P	660 Stadtgrün und Verkehr	- Verzicht auf Gasleuchten in der Altstadt		0,0	0,0	0,0	0,0		Stellungnahme FB 5: "Wurde zuletzt 2006 geprüft mit dem Ergebnis, dass die dazu erforderliche Investition zu hoch sei. Die Aktualisierung der Kalkulation wird aus fachlicher Sicht unterstützt. In Anbetracht des voraussichtl. erforderlichen Investitionsvolumens wird die Aktualisierung bei der aktuellen Haushaltslage nicht mit Priorität verfolgt."
auch 5.19	P	660 Stadtgrün und Verkehr	- Prüfung Übergabe Verkehrsbeleuchtung an Dritte		0,0	0,0	0,0	0,0		Es werden für das 2. Halbjahr 2014 weitere Gespräche erwartet (wg. neuer Geschäftsführung SWL)

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.20	59	660 Stadtgrün und Verkehr	KommunalabgabeVO S.-H., Kommunalrabatt für Netznutzung Strom- und Gaslieferung sämtlicher städtischer Abnahmestellen		25,0	25,0	25,0	25,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.21	78	660 Stadtgrün und Verkehr	Keine Erdgassteuer für Gaslieferung Licht		9,0	9,0	9,0	9,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.22	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Kostendeckungsgrad Vermessung verbessern		0,0	0,0	0,0	0,0		Weitere Klärung erforderlich. Stellenbesetzung ist 04/2014 erfolgt, künftige Einsparungen sind noch nicht bezifferbar.
5.23	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Instandhaltung technischer Anlagen mittels Wartungsverträgen optimieren		0,0	0,0	0,0	0,0		Erfolgt bereits. Neue Erkenntnisse liegen nicht vor, Prüfung erfolgt jeweils im Einzelfall (z.B. Beleuchtung)
5.24	60	660 Stadtgrün und Verkehr	Schulgarten - Abgabe an Dritte - Reduzierung des Pflegestandards		0,0	145,0	145,0	145,0		Es ist davon auszugehen, dass zum nächsten Sachstandsbericht eine konkrete Umsetzungsplanung inkl. der Nennung des Konsolidierungsvolumens vorgelegt werden kann.
5.25	--	660 Stadtgrün und Verkehr	Entgelte für Führungen in den Grünanlagen erheben, ersatzweise einstellen		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen. Es werden keine Führungen mehr durchgeführt.
5.26	--	660 Stadtgrün und Verkehr	Reduzierung Aufwand durch Verzicht auf Wasserpumpen auf Spielplätzen		0,0	0,0	0,0	0,0	xx	Ablehnung der Maßnahme gem. BÜ - Beschluss vom 29.11.2012
5.27	61	660 Stadtgrün und Verkehr	Aufgabe Kapelle 2 auf dem Vorwerker Friedhof		0,0	0,0	0,0	12,8		Eine Fertigstellung der Kapelle 1 (Hauptkapelle) vor dem Ende des Jahres 2014 ist aus heutiger Sicht mehr als unwahrscheinlich. Die Verbesserung ist somit frühestens für 2015 zu erwarten.
5.28	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Verzicht auf eigene Organisten auf dem Friedhof		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen. Organisten sind unkündbar, Umsetzung nicht möglich.
5.29	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Einrichtung eines Tierfriedhofs in privater Trägerschaft		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen.
5.30	--	660 Stadtgrün und Verkehr	Prüfung, ob Vergabe des Friedhofsbetriebes an die AöR Friedhöfe Hamburg wirtschaftlich ist		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Derzeit keine Kooperation seitens HH.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.31	62	660 Stadtgrün und Verkehr	Kreisverkehr- und Grünflächenbepflanzung erheblich reduzieren		0,0	0,0	0,0	55,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen. Kompensation erforderlich. Eine Reduzierung des Pflegestandards ist letztendlich mit einer Umgestaltung verbunden, die zunächst zu Mehrkosten/ Investitionen (SonderAfa und Neuanlage) führen. Die Mittel sind nicht vorhanden. FB 5 wird bei Neugestaltung (wenn erforderlich) Standardabsenkungen berücksichtigen.
5.32	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Konzentration aller städtischen Baumkontrollen in einer Hand		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen. Die Konzentration aller städtischen Baumkontrollen in einer Hand wird als nicht sinnvoll erachtet.
5.33	P	691 LPA	Organisatorische Bündelung der Sportbootliegeplätze		0,0	0,0	0,0	0,0		Erste Flächen und Verträge wurden bereits von 2.280 an 5.691 übergeben. Die Verwaltungsoptimierung zwischen 5.691 und 2.280 wird sukzessive umgesetzt.
5.34	19	691 LPA	Anpassung der Entgeltordnung für die Benutzung der von der Hansestadt Lübeck betriebenen Häfen.		0,0	9,0	9,0	9,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.35	19	691 LPA	Einnahmeverbesserung für Sportbootliegeplätze		0,0	2,0	2,0	2,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.36	17	691 LPA	Erhöhung der Mieten und Pachten		100,0	200,0	300,0	400,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.37	63	FB 5	Reduzierung der Infrastruktur - Straßen, Wege, Gebäude, Sportstätten...		0,0	14,0	14,0	14,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.38	65	691 LPA	Hafenbahn - Betrieb und Instandhaltung mit eigenem Personal		0,0	0,0	150,0	150,0	x	Die Festlegung des Prüfungsumfanges im Zusammenhang mit der Beauftragung des Gutachtens gestaltet sich schwierig. Es ist unwahrscheinlich, dass der Einsparerfolg im festgelegten Umfang eintreten wird. Kompensation erfolgt durch die Maßnahme mit der lfd. Nr. 5.57.
5.39	23	610 Stadtplanung	Erhebung von Gebühren für Auskünfte aus der Verkehrsdatenbank		0,0	0,0	0,0	3,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen.
5.39a	66	610 Stadtplanung	Verlagerung der städtischen Kosten Gestaltungsbeirat auf Investoren		0,0	0,0	0,0	30,0	x	Maßnahme ist nicht weiter zu verfolgen.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.40	P	610 Stadtplanung	Zusammenfassen der städtebaulichen Abteilungen		0,0	0,0	0,0	0,0	x	Maßnahme wurde mit der lfd. Nr. 5.3 zusammengelegt. Bei nächstem Eintritt einer Abteilungsleitung in den Ruhestand (voraussichtl. 2015) => Umorganisation der Stadtplanung unter Verzicht auf eine Abteilungsleiterstelle oder ggf. Herunterstufen als Sachbearbeitung (ggf. ab 2016 Minderaufwand von mind. 7,72)
5.41	67	610 Stadtplanung	Keine Subvention der Fahrtarife für Priwallbewohner		0,0	139,0	139,0	139,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.42	18	691 LPA	Erhöhung der Entgelte für Fischereierlaubnisscheine		0,0	21,3	21,3	21,3		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.43	--	060 FB-Controlling	Aufhebung Einzelhandelsbegleitausschuss (NEU durch BÜ-Beschluss 09/13.)		0,0	0,0	0,0	1,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.44	68	660 Stadtgrün und Verkehr	Einsparung einer BBO A11 Stelle aufgrund Neuorganisation der kfm. Abteilungen		61,3	61,3	61,3	61,3		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
5.45	20	660 Stadtgrün und Verkehr	Werbevertrag mit einem neuen Vertragspartner		0,0	575,0	575,0	575,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.46	69	651 GMHL	Reduzierung Fernwärme-Anschlussleistungen		69,0	69,0	69,0	69,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.47	70	651 GMHL	Optimierung der Regeleinrichtungen		150,0	150,0	150,0	150,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung.
5.48	83	651 GMHL	Entmietung Konstinkai - Einsparung Miet- und Betriebskosten (neu: 03/2013)		0,0	0,0	0,0	85,8		Die am Konstinkai angemieteten Flächen sollten gekündigt und in der Katharinenstraße in einem städt. Gebäude untergebracht werden. Das Projekt wurde gem. Senatsbeschluss auf vorerst unbestimmte Zeit ausgesetzt. Gem. BÜ-Beschluss im 1. Halbjahr 2014 scheidet das Ausweichobjekt in der Katharinenstraße aus. Die Maßnahme ruht bis eine Alternative ersichtlich ist.
5.49	13	691 LPA	Anpassung der Entgeltordnung Hafenbahn ab 01.12.2011		28,0	28,0	28,0	28,0		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.50	21	660 Stadtgrün und Verkehr	Neufassung der Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung		37,2	37,2	37,2	37,2		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.51	24	691 LPA	Entschädigung für Schuppen 10/11		3,2	3,2	3,2	3,2		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.52	64	691 LPA	Standardabsenkung im Hafen- und Seemannsamt mit Einsparung von 2 Teilzeitstellen		63,4	63,4	63,4	63,4		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.53	71	651 GMHL	Energiespar-Contracting		13,1	13,1	13,1	13,1		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.54	72	651 GMHL	Entmietung Untertrave 107 zum 01.10.2011		46,1	46,1	46,1	46,1		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.55	96	610 Stadtplanung	Strukturelle Reduzierung der Aufwendungen für Gutachten		0,0	0,0	27,0	27,0	x	Maßnahme wird nicht weiter verfolgt; nicht steuerbar. Kompensation muss erfolgen.
5.56	97	660 Stadtgrün und Verkehr	Einführung Altmittelverwertung		0,0	0,0	20,0	20,0		An der Umsetzung wird gearbeitet.
5.57	98	691 LPA	Reduzierung von zwei Planstellen 6900.2.0180 (EG 9S) 6900.5.0450 (EG 6)		105,0	105,0	105,0	105,0		Prüfbestätigung RPA liegt für zunächst eine Planstelle (6900.2.0180; Abrechnung über 51,7 T€) vor. Wegen der Umsetzungsschwierigkeit der Maßnahme 5.38 ist die Maßnahme 5.57 neu und steht als Kompensation für die Maßnahme 5.38. Sie ist also derzeit keine eigenständige Konsolidierungsmaßnahme. Richtigstellung der Einsparbeträge in den Jahren 2012/2013.
5.58	99	610 Stadtplanung	Reduzierung von zwei Planstellen im Bereich Stadtplanung Verzicht auf Wiederbesetzung nach Auslaufen ATZ 6100.2.0250 - EG 8 Bautechniker ab 04/11 6100.2.0169 - EG 14 Generelle Planung ab 11/10-01/15		127,5	127,5	127,5	127,5		Prüfbestätigung RPA liegt für zunächst eine Planstelle (6100.2.0250; Abrechnung über 80 T€) vor. Die in der Maßnahme vorgesehene 2. Planstelle wird nach Auslaufen der ATZ in 2015 abgerechnet.
5.59	100	631 Bauordnung und Statikprüfung	Reduzierung von zwei Planstellen in der Bauordnung	68,3	138,8	167,9	173,9	173,9		erledigt; Prüfbestätigung RPA liegt vor.
5.60	101	651 GMHL	Reduzierung einer Planstelle im GMHL		19,6	47,1	47,1	47,1		Maßnahme wird erst im 2. Konsolidierungspaket abgerechnet.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					T€	T€	T€	T€	T€	
5.61	105	660.1-1 Stadtgrün und Verkehr	Einsparung einer Planstelle BBO A 12 (Stellennr. 6300.1.0021) ab 01.04.2013 nach Eintritt in den Ruhestand		0,0	72,9	97,3	97,3		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.62	102	div.	Reduzierung der LN-Abonnements in allen Fachbereichen (FB) von derzeit - 41 auf 9 Druckträger - 11 auf 5 E-Paper		0,0	0,0	0,0	1,6		zentral geführte Gespräche mit den Lübecker Nachrichten haben stattgefunden. Umstellung auf E-Paper befindet sich in Vorbereitung.
5.63	P	060 FB-Controlling	Umstrukturierung Fachbereichsdienste		0,0	0,0	0,0	0,0		Mit der Prüfung wurde begonnen.
5.64	117	651 GMHL	Reduzierung einer Planstelle (Aufgabenoptimierung im Bereich) Eintritt in den Ruhestand ab 01.04.2014		0,0	0,0	42,4	56,6		Maßnahme umgesetzt; Abrechnung in Vorbereitung
5.65	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Verkehrsbeschilderung Lichtung des Schilderwaldes - hierdurch weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit und Kostensenkung in Anlehnung an die LRH - Prüfungsmitteilung "Verkehrsbeschilderung in Schleswig- Holstein" 34-PR 1729/2013		0,0	0,0	0,0	0,0		Stellungnahme Stadtgrün und Verkehr: "Es handelt sich bei angeordneten Verkehrsbeschilderungen immer um Einzelfallprüfungen und hier auch um eine Aufgabe nach Weisung. Diese Aufgabe wird in Verantwortung durch den BGM wahrgenommen und nicht von der Selbstverwaltung. Insofern ist die Bürgerschaft nicht befugt, über "Schilder" zu entscheiden. Die jeweilige Beschilderung wird regelmäßig gemäß § 45 Abs. 9 StVO angeordnet. Zur Vermeidung einer "Inflation" der Verkehrs-schilder und damit einhergehend einer nachlassenden Beachtung allgemeiner Verkehrsregeln betont § 45 Abs. 9 den Grundsatz der sparsamen Anwendung von Verkehrszeichen."

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver-besserung 2011	Ver-besserung 2012	Ver-besserung 2013	Ver-besserung 2014	Ver-besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5.66	P	610 Stadtplanung	Aufhebung des BÜ - Beschlusses aus 2006 - Stellplatznachweis in der Lübecker Altstadt - Verzicht gem. § 55 Abs. 1 Satz 4 Landesbauordnung Schleswig - Holstein		0,0	0,0	0,0	0,0		Wer Gebäude errichtet, bei denen Autoverkehr zu erwarten ist, muss Stellplätze oder Garagen einrichten. Sollte das nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich sein, können die Bauherren sich von ihrer Verpflichtung freikaufen. Vorgesehene Stellplatzablöse gem. ehemals § 55 Landesbauordnung: 10,4 T€ Lt. Beschluss der BÜ aus 2006 soll bei der Errichtung baulicher Anlagen im Bereich der Erhaltungssatzung für die Lübecker Altstadt auf Antrag des Bauherrn der erforderliche Stellplatz-nachweis für das beantragte Vorhaben soweit reduziert werden, dass lediglich der Nachweis für den Mehrbedarf zu erbringen ist, der sich aus der Differenz zwischen dem erforderlichen Stellplatznachweis für die letzte Altnutzung und der beantragten Neunutzung ergibt.
5.67	P	660 Stadtgrün und Verkehr	Parkkonzept für die stadteigenen Parkplätze für die MitarbeiterInnen der Hansestadt Lübeck		0,0	0,0	0,0	0,0		Für diese Parkplatzflächen und zusätzlichen Flächen, welche bislang nicht bewirtschaftet werden, soll ein neues Parkkonzept das Parken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an allen Standorten (mit lagebedingtem, hohem Parkdruck) regeln. Die derzeitige Regelung stammt aus dem Jahr 1998 und schließt nicht alle Standorte ein. Ziel des Konzeptes ist es, eine Gleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hansestadt zu erreichen, den gegebenen Sanierungsstau im Parkhaus VZM zu beseitigen um eine Nutzung auch für die Zukunft zu ermöglichen sowie eine Ertragssteigerung im städtischen Haushalt zu erwirken. Stellungnahme des FBC 5: "Es gibt einen Konzeptentwurf, der mindestens den genannten Betrag (35 T€) einbringen soll. Dazu muss jedoch noch der Bereich Recht gehört werden. Danach erfolgt die Umsetzung. Das Konzept befindet sich im Mitbestimmungsverfahren; Zum nächsten Sachstandsbericht wird die Konkretisierung des Umsetzungstermins erwartet."

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft

**Konsolidierungsmaßnahmen gem. Bürgerschaftsbeschluss vom
29.11.12, 31.03.13, 28.11.13, 27.03.14, 26.06.14
nicht erledigte Maßnahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses 2011**

lfd. Nr.	Nr. Vertrag	Bereich	Maßnahme	Ver- besserung 2011	Ver- besserung 2012	Ver- besserung 2013	Ver- besserung 2014	Ver- besserung 2015	abgelehnte Maßnahme xx/ keine weitere Verfolgung x	Stand
					T€	T€	T€	T€	T€	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
5.68	P	651 GMHL	Systematisches Identifizieren der bebauten Einzelgrundstücke, die für Verwaltungszwecke u.a. nicht mehr benötigt werden. Ziel: Vermarktung durch 2.280 - Wirtschaft und Liegenschaften		0,0	0,0	0,0	0,0		Dieser Prüfauftrag wird als laufende Tätigkeit des GMHL gesehen. Identifizierte Objekte werden als eigene Konsolidierungsmaßnahme aufgenommen.
5.69	P	651 GMHL	Verkauf des Gebäudes des Fortbildungszentrums der 'HL Der Bürgermeister wird beauftragt der Bürgerschaft bis Mai 2011 ein Konzept vorzulegen, wie die Fortbildungsmaßnahmen in vorhandenen Seminarräumlichkeiten der HL oder vergleichbaren Einrichtungen (MuK, MediaDocks, VHS usw.) möglichst kostengünstig durchgeführt werden können. Verbunden wird dieser Auftrag mit dem Ziel, das Gebäude des Fortbildungszentrum (Dr.-Julius-Leber-Str. 67) zu verkaufen und den Verkaufserlös zur Tilgung von Verbindlichkeiten der Hansestadt Lübeck zu nutzen.		0,0	0,0	0,0	0,0		Primäre Zuständigkeit liegt im Bereich 5.651 - GMHL. Auftrag an GMHL wurde bereits erteilt. Aufnahme des Prüfauftrages in die Konsolidierungsliste des FB 5 (siehe auch lfd. Nr. 1.26 und 5.68). Umsetzung in Vorbereitung.

Zeile grün (Hardcopy grau): Maßnahme mit RPA abgerechnet

Zeile grau: keine aktive Maßnahme (mehr), da nicht in das Konzept aufgenommen

Spalte 2: P = Prüfauftrag

Spalte 10: xx = Ablehnung durch Bürgerschaft